

Protokoll

über die Sitzung

**des Rates der Gemeinde Friedeburg
am Donnerstag, dem 02.07.2020, 19:30 Uhr,
in der Aula der Schule " Altes Amt Friedeburg" in Friedeburg, Lüttmoorland 2**

Anwesend:

→ Ratsmitglieder

Helfried Goetz, (Bürgermeister)
Wolfgang Hoffmann, Friedeburg (Vorsitzender)
Hermann Behrends, Hesel
Maike Behrens, Friedeburg (bis TOP 6)
Maike Eilers, Abickhufe
Arthur Engelbrecht, Marx
Björn Fischer, Marx
Stefan Gaidies, Friedeburg
Kirsten Getrost, Horsten
Olaf Gierszewski, Horsten
Detlef Grüßing, Bentstreek
Andreas Haak, Etzel
Frauke Heeren, Reepsholt
Elke Hildebrandt, Wiesede
Thorsten Hyda, Friedeburg
Gudrun Jeske, Reepsholt
Walter Johansen, Horsten
Hans-Hermann Lohfeld, Friedeburg
Stefan Meyer, Horsten (bis TOP 10, 20:51 Uhr)
Hartmut Onken, Friedeburg
Mareike Orgiesen, Etzel (ab TOP 6)
Burkhard Putschke, Friedeburg
Habbo Reents, Dose
Raymond Schweers, Wiesedermeer
Doris Stehle, Horsten
Klaus Zimmermann, Wiesedermeer

→ beratende Mitglieder für den Jugendbereich

Dennis Harms, Jugendparlament

→ Vertreter der Verwaltung

GOR Hans-Werner Arians
GA Matthias Rahmann (zugleich als Protokollführer)

Entschuldigt fehlten die Ratsherren Henning Weißbach und Peter Assing

TOP 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 19.30 Uhr die öffentliche Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellte fest, dass form- und fristgerecht mit Schreiben vom 22.06.2020 zur Sitzung eingeladen worden und der Rat beschlussfähig sei. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der vorliegenden Tagesordnung wurde mit 25 Ja-Stimmen zugestimmt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.06.2020

Das geänderte Protokoll der Sitzung vom 04.06.2020 wurde mit 22 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Hierzu gab es folgende Wortmeldungen:

1. Frau L. aus Horsten erkundigte sich nach dem Stand des Internetausbaus für Hohemey, woraufhin der BM mitteilte, dass es derzeit keine Veränderung gebe. Sie werde aber über den aktuellen Stand unterrichtet.

Weiterhin fragte Frau L. nach dem derzeitigen Sachstand bezüglich des Regionalen Raumordnungsprogrammes, wo es aus ihrer Meinung nach aus biologischer Sicht noch offene Punkte gebe.

Der BM führte hierzu aus, dass in diesem Verfahren nicht die Gemeinde, sondern der Landkreis die Leitung habe. Insofern könne er zum aktuellen Sachstand keine Mitteilung machen und bat um entsprechende Anfrage beim Landkreis Wittmund.

Auf weitere Nachfrage von Frau L. bezüglich des Sachstandes des Klageverfahrens gegen die STORAG, im Zusammenhang mit der Genehmigung des Rahmenbetriebsplanes, erläuterte der BM, dass man derzeit mit den Akteuren im Gespräch sei, um eine gemeinsame Lösung zu finden. Zu konkreten Inhalten könne er aufgrund des laufenden Verfahrens aber keine Aussage machen.

**TOP 6 Feststellung eines Sitzverlustes (§ 52 Abs. 2 NKomVG) sowie förmliche Verpflichtung und Pflichtenbelehrung eines nachrückenden Ratsmitgliedes (§ 60 Satz 1, § 54 Abs. 3 und § 43 NKomVG)
Vorlage: 2020-056**

Der BM erläuterte die Vorlage und verabschiedete Rf. Behrens verbunden mit einem Dank für ihre Tätigkeit und den besten Wünschen für die Zukunft.

Rh. Engelbrecht bedankte sich für die gute Zusammenarbeit in der CDU-Ratsfraktion. Rf. Behrens habe mit ihrem Fachwissen und ihrem Einsatz in vielen Fachfragen geholfen. Durch den Umzug ergebe sich nun eine andere Perspektive, wofür er im Namen der Fraktion alles Gute wünschte.

Rf. Stehle bedankte sich für die gute Zusammenarbeit und für viele produktive und konstruktive Beiträge.

Dem schloss sich Rh. Lohfeld an. Man sei vielleicht nicht immer einer Meinung gewesen, aber dies gehöre in der Politik dazu. Er äußerte sein Bedauern, dass mit Rf. Behrens auch eine Friedeburgerin den Rat verlasse.

Rh. Gaidies und Haak dankten für die gute Zusammenarbeit und wünschten für die Zukunft alles Gute und Gesundheit.

Rf. Behrens bedankte sich für die gute Zusammenarbeit und die Worte zur heutigen Verabschiedung. Sie erinnerte an die Wichtigkeit des kritischen Abwägens von Entscheidungen und wünschte für die Zukunft alles Gute.

Der BM führte sodann die Verpflichtung der neuen Rf. Ortgiesen durch und wies dabei auf die relevanten Regelungen des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes hin. Er freue sich auf eine gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit sowie spannende Diskussionen und Sachthemen.

Rh. Engelbrecht schloss sich den Worten des BM an und hieß Frau Ortgiesen im Rat und in der Fraktion willkommen.

Rh. Lohfeld hieß Rf. Ortgiesen ebenfalls herzlich willkommen. Es seien schwierige Zeiten, in denen sie ihre Tätigkeit aufnehmen. Wichtig sei immer das Handeln in der Sache.

Rf. Stehle begrüßte ebenfalls Rf. Ortgiesen und erklärte, sie freue sich auf die Zusammenarbeit. Dem schloss sich Rh. Gaidies an.

Rh. Haak freute sich auf die gemeinsame Zusammenarbeit und dass er mit Rf. Ortgiesen ein weiteres Ratsmitglied aus der Ortschaft Etzel begrüßen könne. Aufgrund der räumlichen Nähe würde er zur Unterstützung oder für Rückfragen, falls gewünscht, gerne zur Verfügung stehen.

Abschließend ging der BM auf die heute letzte Teilnahme an einer Ratssitzung von Jugendbürgermeister Dennis Harms ein und wünschte diesem für die Zukunft alles Gute.

Jugendbürgermeister Harms bedankte sich für die gute Zusammenarbeit und wünschte sich, dass diese ebenso gut mit dem nun neu gewählten Jugendparlament fortgesetzt werde.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 18.05.2020 wurde mit 25 Ja-Stimmen zugestimmt:

- 1. Der Rat stellt gem. § 52 Abs. 2 NKomVG fest, dass Ratsfrau Meike Behrens durch schriftliche Verzichtserklärung gegenüber dem Bürgermeister ihren Sitz im Gemeinderat verloren hat.**
- 2. Gem. § 38 Abs. 2 NKWG geht der Sitz auf Frau Mareike Ortgiesen als Ersatzperson über.**

TOP 7 Benennung neuer Mitglieder bzw. Mitteilung von Veränderungen in den Ausschüssen, Verbänden und Institutionen
Vorlage: 2020-067

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 16.06.2020 wurde mit 25 Ja-Stimmen zugestimmt:

Der Rat stellt fest, dass sich folgende Änderungen in den Ausschüssen, Verbänden und Institutionen ergeben:

- Ausschuss für Schulen, Jugend, Sport und Soziales**
Für Maike Behrens – **Mareike Ortgiesen**

2. Auf die einzelnen Fraktionen entfallen folgende Ausschusssitze für die Fach- und sondergesetzlichen Ausschüsse:

CDU-Fraktion:	4 Sitze
SPD-Fraktion:	3 Sitze
Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion:	1 Sitz
FWG-Fraktion:	1 Sitz

Mit Blick auf die Mitglieder für die Fach- sowie sondergesetzlichen Ausschüsse des Rates benennen die Fraktionen der SPD sowie der CDU und Bündnis 90 / Die Grünen dieselben Abgeordneten, welche auch vor diesem Beschluss über die Neubesetzung in den Ausschüssen benannt waren. Für die FWG werden folgende Personen benannt:

- Ausschuss für Jugend, Sport und Soziales

Thorsten Hyda

- Ausschuss für Planung und Umwelt

Peter Assing

- Ausschuss für Bauen, Straße und Feuerwehren

Peter Assing

- Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus

Thorsten Hyda

3. Die Auflösung der Gruppe hat keine Auswirkungen auf das Zugriffsrecht für die Ausschussvorsitze. So bleibt es hinsichtlich der Reihenfolge des Zugriffsrechts bei: 1. CDU-Fraktion 2. SPD-Fraktion 3. CDU-Fraktion 4. SPD-Fraktion. Dementsprechend benennen die Fraktionen der CDU und SPD dieselben Ratsmitglieder, welche vor diesem Beschluss zur Neubesetzung für den Ausschussvorsitz bzw. zur Vertretung benannt waren.
4. Es wird festgestellt, dass die Mitgliedschaft von Ratsherrn Gaidies im Ausschuss für Bauen, Straßen und Feuerwehren sowie als Vertretung für Ratsherrn Assing im Verwaltungsausschuss durch Auflösung der Gruppe und die entsprechende Neubesetzung beendet wurden. Ratsherr Stefan Gaidies wird auf eigenen Antrag, als fraktions- und gruppenloses Ratsmitglied, beratendes Mitglied im Ausschuss für Planung und Umwelt.

TOP 9 Genehmigung Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2020
Vorlage: 2020-040

Nach Erläuterung der Vorlage durch GOR Arians nahm Rh. Fischer die Vorlage zum Anlass, auf die Haushaltslage der Gemeinde einzugehen. Der nun genehmigte Haushalt führe zu einem historisch hohen Schuldenstand der Gemeinde. Dieser wurde seinerzeit aber gemeinsam beschlossen und man stehe zu dieser Entscheidung, auch weil es in der aktuellen Situation wichtig sei weiterhin zu investieren. Hier sei es, auch wenn man sich zum Beispiel in Europa umschaue, vielleicht sogar einmal besser Kredite hierfür aufzunehmen, als das Geld auf dem

Konto zu haben. Alle seinerzeit beschlossenen und auch im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus nochmal sehr sachlich diskutierten Investitionen seien vorher schon notwendig gewesen und seien dies immer noch. Die sich nun aufgrund der Coronakrise ergebene unsichere Zeit zwingt aber auch zu weiteren Überlegungen. Es sollte daher die Sommerpause -über alle Fraktionen hinweg- genutzt werden, um sich Gedanken zum Haushaltsplan 2021 zu machen. Hier sei es wichtig auch andere Lösungen zu erarbeiten und speziell in Hinsicht auf den Gewerbepark aber ebenfalls hinsichtlich der Erschließung von Baugebieten voranzukommen. Zentral sei ihm in diesem Zusammenhang die Begriffe Ideen, Image, Innovation und Investition mit Leben und Hintergrund zu füllen.

Rh. Lohfeld zeigte sich erfreut über die angekündigte Zusammenarbeit. Er wies darauf hin, dass bereits am 28.03.20 von der SPD-Ratsfraktion der Antrag gestellt worden sei, Investitionen nach gesetzlichen und freiwilligen zu differenzieren und auf deren ggf. mögliche Aussetzung zu prüfen. Dies sei nun im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus sowie im Verwaltungsausschuss entsprechend umgesetzt worden. Es sei nun zunächst abzuwarten, was das von der Bundesregierung, u.a. für die Unterstützung der Kommunen, auf den Weg gebrachte Konjunkturpaket wirklich bringe. Ansonsten werde die Anregung, im Sinne der gemeinsamen Aufgabe die Gemeinde voranzubringen, gerne mitgenommen.

Rh, Hyda wies darauf hin, dass der seinerzeitige Beschluss zum Haushalt nicht einstimmig gewesen sei, da dieser durch die FWG abgelehnt worden sei. Er mahnte hierzu den hohen Schuldenstand an und merkte an, dass er privat und auch als Ratsherr lieber Geld auf dem Konto als Schulden habe. Diese Aussage könne daher nicht so stehen bleiben.

Rf. Stehle wies ebenfalls darauf hin, dass der Haushalt nicht die Zustimmung ihrer Fraktion gefunden habe. Die Höhe der Investitionen sei zu hoch, da sich wohl die Notwendigkeit weiterer Investitionen ergeben werde. Dies alles führe in der Summe zu einer zu hohen Pro-Kopf-Verschuldung. Im Übrigen sei im Bezug auf den Antrag der SPD-Fraktion lediglich die Streckung von einzelnen Investitionen beschlossen worden, eine tatsächliche Einsparung werde hierdurch aber noch nicht erreicht. Es sei daher von einer zukünftig noch höheren Verschuldung auszugehen, so dass es notwendig sei, das eine oder andere noch zu finden, was nicht zwingend notwendig sei und somit eingespart werden könne. Dies kritisch zu hinterfragen sei auch eine Aufgabe für die anstehende Sommerpause.

Die Vorlage wurde vom Rat zur Kenntnis genommen. Es wurde kein Beschluss gefasst.

**TOP 10 Konzessionsvertrag mit der EWE
Vorlage: 2020-064**

Nach ausführlicher Erläuterung der Vorlage durch GOR Ariens erfolgte die entsprechende Beschlussfassung.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 09.04.2020 wurde mit 25 Ja-Stimmen zugestimmt:

Der Konzessionsvertrag mit der EWE vom 22.12.2012 ist nicht nach Ablauf von 10 Jahren zum 15.12.2022 zu kündigen. Vielmehr soll der Vertrag bis zum 22.12.2032 gelten.

**TOP 11 Sachstandsbericht Rathausplanung in Verbindung mit dem
Feuerwehrranbau in Friedeburg
Vorlage: 2020-035/1**

Anlässlich des Antrages der SPD-Ratsfraktion vom 28.01.2020 bezüglich eines Sachstandsberichtes in öffentlicher Sitzung, stellte der BM anhand der der Vorlage beigefügten Präsentation den aktuellen Stand hinsichtlich der Planungen des Rathauses und des Feuerwehrhauses in Friedeburg ausführlich dar. Er sicherte am Ende seines Vortrages zu,

weiterhin den Rat entsprechend zu informieren, beispielweise wenn eine konkrete Zeit- und Kostenplanung vorliege.

Rh. Lohfeld bedankte sich im Anschluss für die gelungene Umsetzung des Antrages der SPD-Ratsfraktion. Es handele sich bei der Maßnahme um ein sehr großes Projekt und die größte Investition der Gemeinde. Mittel seien dem Grunde nach bereits im Haushalt eingestellt, auch wenn man sicherlich, gerade im Bezug auf die Sanierung, mit ggf. höheren Kosten zu rechnen habe. Es sei daher sehr positiv, dass Synergien zwischen den Maßnahmen beim Rathaus und beim Feuerwehrhaus in Friedeburg genutzt würden. Er wies jedoch darauf hin, dass bezüglich des Feuerwehrhauses ein gewisser Zeitdruck bestehe, da im nächsten Jahr das bereits bestellte Tanklöschfahrzeug geliefert werde und dann auch untergebracht werden müsse. Die Maßnahme werde im Übrigen politisch unterstützt und begleitet.

Rh. Gaidies erkundigte sich danach, ob die Installation einer Photovoltaikanlage mit entsprechenden Förderungen geprüft werde, woraufhin der BM erklärte, dass dies bei den Planungen für ein modernes Gebäude sicher Berücksichtigung finden werde.

Rh. Engelbrecht bedankte sich ebenfalls für den ausführlichen Vortrag. Er mahnte jedoch an, bei den vorgestellten Planungen für das Feuerwehrhaus in Friedeburg zu bedenken, dass zugesichert worden sei, zuerst mit dem Bau des neuen Feuerwehrhauses in Marx zu beginnen. Es sei also zunächst der Bauantrag für Marx auf den Weg zu bringen, bevor in Friedeburg begonnen werde. Ansonsten sei auch die vorgestellte Einplanung der Polizei im Rathaus durchaus üblich und sinnvoll. Wünschenswert sei die Einplanung eines Raumes für Besprechungen der Fraktionen. Dies werde an anderer Stelle, beispielsweise in Wiesmoor, auch so gehandhabt. Weiterhin sei es wichtig, vorausschauend zu planen und auch entsprechende WC-Anlagen zu berücksichtigen. Ebenfalls die Installation mehrerer Ladesäulen sei sinnvoll. Es sollte nun schnell vorangekommen werden, wobei die laufende Information der Politik über den aktuellen Sachstand wünschenswert sei.

Rh. Grüßing merkte an, dass er die gemeinsame Auffahrt für das Rathaus und das Feuerwehrhaus kritisch sehen würde. Hier sei es sehr eng, was im Einsatzfall ggf. zu Problemen führen könne. Weiterhin seien die öffentlichen WC-Anlagen im Gesamtkontext mit den vorgestellten Planungen zu berücksichtigen. Es sei sehr wichtig, die allen Anforderungen entsprechende, moderne Toilette in das Gebäude zu integrieren. Eine Lösung als freistehende Box sehe er nicht als Alternative an.

Rf. Stehle dankte ebenfalls für die Darstellung des Sachstandes. Sie sei froh, dass hier durch die gemeinsame Planung von zwei Gebäuden Synergieeffekte berücksichtigt würden. Sie äußerte sich jedoch kritisch zu der Formulierung der zeitlichen Reihenfolge in Bezug auf das Feuerwehrhaus in Marx. Hier seien sachliche Gründe zu berücksichtigen und man solle gemeinsam die beste Lösung finden. Bezüglich des bereits lange diskutierten Themas der öffentlichen WC-Anlage merkte sie an, dass sie eine Integration in das Gesamtprojekt auch sinnvoller erachte als eine Einzellösung.

Rh. Engelbrecht äußerte hierauf, dass man die von ihm beschriebene zeitliche Reihenfolge seinerzeit so festgelegt habe und diese nun auch so umzusetzen sei.

Rh. Gierszewski erklärte bezüglich der Thematik der öffentlichen WC-Anlage, dass der geplante Rathausanbau noch eine längere Zeit in Anspruch nehmen werde. Auch eine Nutzung der Toiletten des Deutschen Hauses sei derzeit ungewiss. Es werde daher, bei Abriss des Nebengebäudes mit der aktuellen öffentlichen Toilette bis zur letztendlichen Herstellung einer neuen Toilette, zu einem zeitlichen Verzug kommen. Hinzu komme, dass die Toilette im Nebengebäude alt und in keinem guten Zustand sei. Daher sei es notwendig, dieses Thema vorher zu besprechen.

Rh. Lohfeld ergänzte, dass mit der Ablehnung des seinerzeitigen Antrages der SPD-Fraktion auf die Prüfung einer solchen Toilette auf dem „roten Platz“ eine Chance vertan worden sei. Hier habe es Fördermöglichkeiten für bis zu 75 % der Kosten gegeben, welche nun nicht mehr in Anspruch genommen werden könnten.

Rh. Grüßing widersprach dieser Darstellung und verbat sich solche Vorwürfe.

Rh. Putschke erkundigte sich nach dem Zeitpunkt der Amortisation der höheren Investitionskosten aufgrund des Raummehrbedarfes durch die Einbeziehung der Polizei. Fraglich sei für ihn, ob die Polizei eine entsprechend auskömmliche Miete zahlen oder diese sich vielmehr auf eine Mietobergrenze berufen werde.

Der BM erläuterte hierzu, dass das kaufmännische Denken natürlich bei der Gemeinde Berücksichtigung finden würde. Ihm sei nicht bekannt, dass es eine Mietobergrenze bei der Polizei gebe. Es werde sich aber durchaus an den üblichen Gewerbemieten orientiert, so dass die Zahlung eines vernünftigen Preises zu erwarten sei. Hier sei auch zu berücksichtigen, dass die Polizei durch den Einzug ins Rathaus einen Mehrwert für sich erreiche. Der Zeitpunkt der Amortisation sei im Übrigen aufgrund der noch fehlenden Daten nicht zu benennen, werde aber im Rahmen der Investitionsrechnung noch ermittelt.

Rh. Haak merkte an, dass er das im Vortrag gefallene Wort „Luxus“ im Bezug auf eine Dachterrasse unglücklich finde. Er sehe im Übrigen kein Einsparpotential bei der geplanten Maßnahme beim Rathaus. Vielmehr warne er davor, dass diese Investition ein „Faß ohne Boden“ werden könne. So sei der Anbau sicher gut zu planen, aber die Kosten der Sanierung seien nicht zu unterschätzen. So müsse nach weiteren Potentialen und Ideen gesucht werden, weshalb er anregte die Zusammenfassung von Archiven mit zu berücksichtigten. Auch die Einrichtung einer mobilen Kleiderkammer für die Feuerwehr als Containerlösung sei eine prüfbare Option. Im Übrigen sei es wichtig, bei allen öffentlichen Parkplätzen auch die Errichtung von Ladesäulen im Hinterkopf zu behalten.

Der BM erläuterte hierzu, dass die Archive im Rathaus bereits sortiert und reduziert worden seien. Auch würden Aktenvorgänge schon nach Leer ausgelagert, um die benötigte Fläche zu reduzieren. Das digitale Dokumentenmanagement sei ein weiteres Instrument, welches verfolgt werde um Archivfläche zu reduzieren.

Rh. Hoffmann ergänzte abschließend, dass die Unterbringung der Polizei im Rathaus nichts Neues sei, sondern vielmehr bereits in der Vergangenheit erfolgreich praktiziert wurde.

Die Berichtsvorlage wurde vom Rat zur Kenntnis genommen. Es wurde kein Beschluss gefasst.

TOP 12 Annahme einer Geldspende des Schützenvereins Marx
Vorlage: 2020-065

Rh. Fischer bedankte sich im Namen des Schützenvereines Marx für die große Anteilnahme, welche sich aufgrund des traurigen Ereignisses gezeigt habe. Er wies darauf hin, dass sich alle Schützenvereine hier beteiligt hätten, da Johann Sieben in der ganzen Gemeinde gern gesehener Gast bei den Aktivitäten der Vereine gewesen sei. Das gespendete Geld sei nun bereits entsprechend übergeben worden.

Rh. Lohfeld bedankte sich für die Initiierung dieser gelungenen Spendenaktion. Man habe mit Johann Sieben eines der letzten Originale der Gemeinde verloren, welcher bei allen Schützenfesten präsent war. Er warb darum, auch den Antrag der SPD-Ratsfraktion hinsichtlich eines ehrenden Andenkens in der Ortschaft Friedeburg mit zu unterstützen.

Auch Ratsherr Engelbrecht lobte die Spendenaktion und merkte an, dass ein Entgegenkommen von Seiten der Kirche bereits im Vorfeld wünschenswert gewesen wäre.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 08.06.2020 wurde mit 24 Ja-Stimmen zugestimmt:

Die Annahme der durch den Schützenverein Marx 1928/49 e.V. gesammelten Geldspende in Höhe von zurzeit 7.642,33 € wird genehmigt. Das Geld ist für die Beisetzung von Johann Sieben und für die dauerhafte Grabpflege der Familiengrabstelle in Etzel zu verwenden.

TOP 13 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Der BM berichtete gemäß der beigefügten Anlage, die Bestandteil dieses Protokolls ist.

Rh. Grüßing äußerte Unverständnis darüber, dass die Vergabe für den Planungsauftrag des Feuerwehrhauses in Marx nur im Verwaltungsausschuss entschieden worden sei. Eine Entscheidung und Besprechung durch den zuständigen Fachausschuss sei aus seiner Sicht notwendig gewesen.

Der BM erklärte, dass er Verständnis für das Anliegen habe, der Weg aber so in Ordnung gewesen sei. Auftragsvergaben seien durch den Verwaltungsausschuss zu entscheiden. Für diese Entscheidung sei eine umfassende Liste von Kriterien aufbereitet und dem Verwaltungsausschuss dann entsprechend zur Entscheidung vorgelegt worden.

TOP 14 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Der BM berichtete gemäß der beigefügten Anlage, die Bestandteil dieses Protokolls ist.

TOP 15 Anfragen und Anregungen

Rh. Gaidies erkundigte sich nach den in Friedeburg auf der Fahrbahn angebrachten Geschwindigkeitsbegrenzungen für Tempo 30 km/h. Diese seien sanierungsbedürftig.

Der BM führte hierzu aus, dass die beschriebenen Symbole sehr teuer seien und daher eine Ausschreibung im Paket erfolgen solle, damit sich die Ausschreibung lohnt. Ein genaues Datum für die letztendliche Sanierung kann noch nicht genannt werden.

Rf. Stehle thematisierte das Mulchen von öffentlichen Grünflächen und die Alternative hier auch Blühwiesen oder Blühstreifen anzulegen. Die Gemeinde sollte sich mit dieser Thematik auseinandersetzen, weshalb ein entsprechender Antrag hierzu bereits gestellt wurde.

Rh. Engelbrecht erkundigte sich nach den Vertretungsregelungen z.B. im Falle einer Erkrankung bei der Gemeinde. Es entstände in letzter Zeit vermehrt der Eindruck, dass Anträge liegen bleiben bzw. länger dauern würden.

Der BM erklärte, dass es schwierig sei, hierzu allgemein, ohne Bezug auf einen konkreten Fall, Auskunft zu geben. Grundsätzlich habe jeder Mitarbeiter einen Vertreter für den Urlaubs- bzw. Krankheitsfall und es sei natürlich nicht in seinem Sinne, wenn Dinge liegen bleiben würden.

Rh. Lohfeld erklärte, dass erwartet worden sei, dass die Politik zur vor kurzem durchgeführten Ernennung von Feuerwehrleuten mit eingeladen werde. Man stehe zur Feuerwehr und wünsche sich eine Information über solche Termine. Weiterhin erkundigte er sich über eine Einladung an den Landrat für eine Begehung des Friedeburger Stroots. Hier soll der derzeitige Zustand im Rahmen eines neuen Programmes in Augenschein genommen werden, mit dem Ziel, den Strooter Forst wieder zugänglich zu machen. Studenten seien wohl im Rahmen einer Masterarbeit mit einbezogen worden und hätten ein entsprechendes Konzept entwickelt. Dies sei aus seiner Sicht grds. sehr positiv zu bewerten.

Der BM erklärte, dass die Ernennungen der Feuerwehr aufgrund der derzeitigen Einschränkungen nicht in einem großen Rahmen stattfinden können. So habe man sich nur für einen kleinen, nicht offenen, Rahmen entschieden. Zum Friedeburger Stroot sei der Gemeinde noch kein Konzept bekannt. Es sei aber sehr positiv, dass hier Veränderungen

angeschoben würden. Diese seien jedoch nur unter Beteiligung der Bevölkerung sinnvoll. Beurteilen ließe sich das Programm aber erst, wenn etwas dazu vorliege.

Rh. Gierszewski merkte abschließend an, dass ein Hinweis auf den Zustand von Verkehrssymbolen für eine 30er Zone keinen Sinn machen würde, wenn auf der anderen Seite andauernd vor Geschwindigkeitskontrollen gewarnt werden würde.

TOP 16 Schließung der öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende schloss um 21:41 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer